

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

15.01.2019

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung
am Dienstag, 15. Januar 2019 im Senatsaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:48 Uhr

Anwesenheit

Mitglieder

Herr Dr. Ullrich Bittner	ab 18.05 Uhr
Herr Rudi Duschek	
Herr Frank Embach	entschuldigt
Herr Axel Hochschild	
Herr Dr. Jörn Kasbohm	
Herr Rene Kliewe	nicht anwesend Herr Jörg König
Herr Christian Kruse	
Herr Thomas Lange	
Herr Jürgen Liedtke	
Herr Peter Madjarov	
Herr Christian Radicke	
Frau Carola Rex	
Frau Yvonne Görs	stellv. für Herrn Michael Steiger
Frau Dr. Monique Wölk	

Verwaltung

Herr Michael Busch
Herr Thilo Kaiser
Herr Winfried Kremer
Frau Beate Schinkel
Frau Jeannette von Busse
Frau Katharina Metzker
Herr Tobias Reinsch
Herr Erik Wilde
Herr Hildebrandt
Herr Reinsch
Herr Steffen Winckler

Gäste

Herr Georg Döll, Planungsbüro Morgenstern
Herr Schönefeld, SVU Dresden
Herr Dr. Eckhard Oberdörfer, Ostseezeitung
Herr Karsten Obst, Bürger

Tagesordnung

1. Sitzungseröffnung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 13.11.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Vorstellung des Strategiepapiers zum Masterplan "Stadtteile an der Küste" mit den Ergebnissen der ersten Beteiligungsphase
Georg Döll, Planungsbüro Morgenstern
6. Information zur Lärmaktionsplanung
Herr Schönefeld, SVU Dresden
7. Beschlusskontrolle
- 7.1. Information zum Prüfauftrag „Verbesserung des Klarschiff-Portals“ zum BS B756-29/18 vom 13.09.2018
Dez. I, Amt 30
8. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 8.1. 23. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Feststellungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 55 - Hafenstraße -)
Dez. II, Amt 60
- 8.2. 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 115 - Am Aalbruch -)
Dez. II, Amt 60
- 8.3. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -; Satzungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 8.4. Gemeindliches Einvernehmen zum Bauantrag – Neubau betreutes Wohnen, Sozialstation und Gemeinschaftsbereich, Bleichstraße/Martin-Andersen-Nexö-Platz
Dez. II, Amt 60
- 8.5. Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
9. Informationen der Verwaltung
10. Informationen zur Greifswalder Agrarinitiative
11. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
12. Informationen der Ausschussvorsitzenden
13. Sitzungsende

TOP 1. Sitzungseröffnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Monique Wölk eröffnet um 18:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen sowie, bei 11 anwesenden Ausschussmitgliedern, die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Notiz:

Herr Dr. Bittner kommt um 18.05 Uhr – während der Behandlung von Top 2, Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung – zur Sitzung hinzu.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Frau Dr. Wölk schlägt vor, entsprechend der Anregungen aus der Bürgerschaftssitzung vom 10.01.2019 das Thema „sozialer Wohnungsbau“ als Top 8.6 und das Thema „Umgestaltung des Hanserings“ als TOP 8.7 auf die Tagesordnung zu setzen.

Es wird zunächst über die Aufnahme der beiden neuen TOPs auf die Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmung:

6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung
Die Änderungen werden angenommen.

Daraufhin wird über die geänderte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Die geänderte Tagesordnung wird angenommen.

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 13.11.2018

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift der Sitzung am 13.11.2018.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Die Niederschrift wird angenommen.

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Obst, Anwohner im Bereich des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße, äußert sich zu den vorgesehenen Änderungen im B-Plan 65 (Top 8.3). Er spricht planungsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Entwicklung des B-Planes und insbesondere hinsichtlich der Umwidmung von Grünland in Bauland an. Des Weiteren gebe es Bedenken der Bürger/-innen zur Errichtung eines Gebäudes westlich des Spielplatzes wegen einer möglichen Verschattung. Die Anwohner/-innen seien mit den Ausführungen der Stadtverwaltung dahingehend nicht zufrieden.

TOP 5. Vorstellung des Strategiepapiers zum Masterplan "Stadtteile an der Küste" mit den Ergebnissen der ersten Beteiligungsphase
Georg Döll, Planungsbüro Morgenstern

Herr Döll referiert zu den Inhalten und den Ergebnissen des Strategiepapiers. Die Präsentation liegt dem Protokoll als **Anlage 1** bei.

Diskussion:

Herr Radicke betont, dass die Wassersportvereine eine gemeinsame Halle benötigen. Es gebe eine Restfläche, die man nutzen könne. Die Besitzverhältnisse seien jedoch intransparent. Es müsse dahingehend seitens der Stadt gehandelt werden.

Herr Liedtke begrüßt den Vorschlag einer Umgehungstraße für Eldena. Er betont, dass der Fokus und der politische Wille in diese Richtung gehen sollten.

Frau Dr. Wölk stellt in Frage, dass die Umgehungsstraße für Eldena im Rahmen der Masterplanung vertieft betrachtet werden kann, hält es jedoch für notwendig, Maßnahme zur Verkehrsminderung in Eldena zu entwickeln.

Herr Dr. Kasbohm kritisiert den zu geringen Informationsgehalt des Vortrages zu den Schwerpunktthemen der Masterplanung. Er begrüßt hingegen die Breite und Tiefe der Beteiligung. Hinsichtlich der Verkehrsprobleme in Eldena merkt er an, dass diese nicht alleine in städtischer Zuständigkeit liegen, was sie aber nicht weniger wichtig machten. Er begrüßt die wirtschaftlichen Betrachtungen bezüglich der Südmole, hätte sich aber weitere Informationen über die Einbeziehung des Strandbades gewünscht.

TOP 6. Information zur Lärmaktionsplanung
Herr Schönefeld, SVU Dresden

Herr Schönefeld referiert zu den Inhalten und Ergebnissen. Die Präsentation liegt dem Protokoll als **Anlage 2** bei.

Diskussion:

Herr Dr. Kasbohm fragt nach möglichen Verbesserungen im Stadt-Umland-Verkehr. Herr Schönefeld antwortet, dass die Angebote des ÖPNV verdichtet und die Fahrrad-Anbindung/ das Radwegenetz generell verbessert werden müsse. Im städtischen Bereich sei es wichtig, die Angebotsebene, wie bspw. Parkangebote, zu betrachten.

Herr Dr. Kasbohm fragt weiter nach den Potenzialen im Kurzstreckenbereich. Herr Schönefeld antwortet, dass hier eine Stärkung der Stadtteilzentren/ Ortsteile und eine Verbesserung der Infrastruktur für den Rad- und Fußverkehr zielführend seien.

Herr Dr. Bittner fragt nach konkreten Maßnahmen.

Herr Schönefeld nennt eine Tempo-30 Zone in der Stralsunder Straße als Beispiel und betont deren Wirksamkeit. Eine solche Lösung wäre auch in Eldena denkbar. Zudem bestehe in der F.-Löffler-Str. großer Handlungsbedarf zur Verbesserung und sicheren Führung des Radverkehrs. Er empfiehlt prinzipiell die sukzessive Umsetzung des Radverkehrskonzeptes in der Stadt und die Stärkung des Fußgängerverkehrs durch bauliche Maßnahmen zur Umsetzung von Barrierefreiheit.

Herr Radicke fragt nach der methodischen Vorgehensweise und ob die Simulationen

messtechnisch bestätigt wurden.

Herr Schönefeld erklärt, dass die Methodik der Lärmaktionsplanung prinzipiell auf Simulationen bzw. Berechnungen beruht. Diese seien etabliert. Messungen seien stets nur punktuell und mit großem Aufwand durchführbar, der dadurch gewonnene Mehrwert sei hingegen nur sehr gering.

Herr Radicke bemerkt darüber hinaus, dass die Rahmenbedingungen für Ein- und Auspendler sehr wichtig seien und würde es begrüßen, wenn diese begünstigt würden. Herr Schönefeld antwortet, dass dabei aber auch die Nachteile für den Binnenverkehr bedacht werden sollten.

Herr Liedtke ergänzt, dass die ÖPNV-Zahlen gestiegen seien und viele Greifswalder das Fahrrad als Verkehrsmittel benutzen. Car-Sharing hält er hingegen für keine tragfähige Lösung.

TOP 7. Beschlusskontrolle

TOP 7.1. Information zum Prüfauftrag „Verbesserung des Klarschiff-Portals“ zum BS B756-29/18 vom 13.09.2018

06/1723

Herr Reinsch informiert zum Stand des Portals und geht auf die einzelnen Punkte des Prüfauftrages ein. Er betrachtet den notwendigen Mehraufwand und den im Vergleich dazu erzielten Nutzen als kritisch.

Diskussion:

Herr König weist darauf hin, dass der Informationsfluss in Richtung Ortsteilvertretungen und Ausschüsse/ Bürgerschaft nicht optimal ist. Vor diesem Hintergrund sei eine Automatisierung der Informationsweitergabe wichtig.

Herr Dr. Kasbohm unterstützt die Einbindung der Ortsteilvertretungen. Der derzeitige Weg über die Selbstinformation ist aufwändig. Zudem bestehe keine Übersichtlichkeit zu den verschiedenen Themen im Portal. Eine Aufbereitung der Information wäre hilfreich.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Wölk fragt nach der Beschlusskontrolle zum Ergebnis des Prüfauftrages zur Umwidmung des Teilstückes der Warschauer Straße zum Hort Kunterbunt und zur Pestalozzischule in eine Spielstraße (06/1379; B711-27/18).

Frau Metzker teilt das Prüfergebnis mündlich mit: Es handele sich nicht um eine Umwidmung, sondern um die Ausweisung einer Spielstraße. Dies würde weitere Umbaumaßnahmen bedingen. Frau Metzker schlägt vor, die Beschilderung zu ändern und mit deutlichen Hinweisen auf die Schulsituation aufmerksam zu machen. Sie merkt an, dass eine Änderung der Parksituation das Anhalten der Eltern vor der Schule voraussichtlich nicht verhindern wird.

Diskussion:

Herr Madjarov erklärt noch einmal, dass die Beschlussvorlage das Ziel hat(-te), Lösungen zu finden und Anreize zu schaffen.

Frau Görs fragt nach den Besitzverhältnissen der Flächen vor Ort und fragt nach, ob die Zufahrt zur Sporthalle verändert werden kann.

Herr Dr. Bittner erkundigt sich nach den rechtlichen Vorschriften einer Spielstraße.

Frau Dr. Wölk weist darauf hin, dass die Diskussion zum Thema im Rahmen der Beschlusskontrolle nicht erneut mit denselben Argumenten geführt werden sollte. Sie bittet darum, den Vorschlag von Frau Görs zu prüfen.

TOP 8. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 8.1. 23. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Feststellungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 55 - Hafenstraße -)

06/1697 Herr Kaiser erläutert die Hintergründe zum Feststellungsbeschluss.

Es gibt keine Fragen.

Abstimmung:

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Die Beschlussvorlage wird angenommen.

TOP 8.2. 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 115 - Am Aalbruch -)

06/1698 Herr Kaiser erläutert die Hintergründe zur Änderung eines Gewerbegebietes in ein Wohngebiet.

Es gibt keine Fragen.

Abstimmung:

12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Die Beschlussvorlage wird angenommen.

TOP 8.3. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -; Satzungsbeschluss

06/1699 Bezug nehmend auf die Bedenken der Anwohner (Vertreter: Herr Obst) erläutert Herr Kaiser noch einmal den Werdegang des B-Planes. Er betont, dass durch ein eingeschossiges Einfamilienhaus keine Verschattung des Kinderspielplatzes (westlich) erfolgt. Er erklärt weiterhin, dass der Flächennutzungsplan keine Grünflächen festlegt. Dies geschehe im B-Plan.

Herr Dr. Kasbohm bedauert das Verfahren und wie mit den vorhandenen Gegebenheiten nachträglich planerisch im Sinne der Bauherren umgegangen worden sei.

Herr Dr. Bittner schließt sich der Kritik an.

Die Verwaltung nimmt die Kritik zur Kenntnis.

Abstimmung:

11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

Die Beschlussvorlage wird angenommen.

TOP 8.4. Gemeindliches Einvernehmen zum Bauantrag – Neubau betreutes Wohnen, Sozialstation und Gemeinschaftsbereich, Bleichstraße/Martin-Andersen-Nexö-Platz

06/1709 Herr Kaiser erläutert die Planungen anhand einer Karte.

Es gibt keine Fragen.

Abstimmung:

13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Die Beschlussvorlage wird angenommen.

TOP 8.5. Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1696 Herr Kaiser begrüßt den anwesenden Planer, stellt aber die Einbringung frei. Er informiert, dass alle Ortsteilvertretungen über die Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans informiert wurden, auch wenn es sich um ein stadtübergreifendes Konzept handelt. Von den meisten Ortsteilvertretungen wurde der Plan einstimmig bestätigt.

Herr König regt an, den Fokus bzw. die Schwerpunkte für den Bauausschuss nochmal in Kürze zusammen zu fassen. Herr Kaiser bemerkt, dass im Einzelfall im B-Plan-Verfahren entschieden werden könne bzw. müsse.

Herr Dr. Kasbohm nimmt zur Kenntnis, dass die Innenstadt und der Elisenpark zueinander in einer Konkurrenzsituation stehen. Für ihn ist die Diskussion um Riems, Ladebow, Friedrichshagen und Wieck interessant. Sie sollte um das Ostseeviertel erweitert werden. Damit stünde ein effektives Werkzeug zu besseren Beurteilung von städtebaulichen Fragen zur Verfügung.

Herr Dr. Bittner fragt, ob die Bauleitplanung das einzige Mittel zur Einflussnahme auf mögliche Einzelhandelsprojekte sei. Er fragt nach, was passiert, wenn kein B-Plan existiert.

Herr Kaiser antwortet, dass die ersten Regelungen für die Zulässigkeit eines Bauvorhabens generell durch das BauGB vorgegeben seien. Wenn keine Regelung existiere, könne immer noch einen B-Plan Verfahren angestoßen werden.

Herr Dr. Kasbohm wirft die Frage auf, ob eine Erweiterung von Discountern, wie bspw. in Schönwalde I umgesetzt, mit dieser Planung abgedeckt sei.

Herr Kaiser antwortet, dass solche Vergrößerungen (10-20%) bzw. maßvolle Bestandserweiterungen der Discounter aufgrund natürlicher Weiterentwicklung immer vorkommen werden. Dies sei nach wie vor möglich. Es werde aber keine zusätzlichen Standorte in den Bereichen geben.

Abstimmung:

12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

Die Beschlussvorlage wird angenommen.

TOP 8.6 Sozialer Wohnungsbau

Frau von Busse stellt die Präsentation aus der Bürgerschaftssitzung am 10.01.2019 vor und referiert zu den Vorschlägen zum sozialen Wohnungsbau. Die Präsentation liegt dem Protokoll als **Anlage 3** bei.

Diskussion:

Frau Dr. Wölk bedauert, dass die Diskussion um eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und möglicher Konzepte dazu erst jetzt seitens der Verwaltung aufgegriffen wird. Ihr ist es wichtig, dass die Vorschläge aus der AG „Bezahlbarer Wohnraum“ in die Diskussion einbezogen werden. Sie weist darauf hin, dass die Frage der verbilligten Abgabe von Grundstücken einen Kriterienkatalog voraussetze und regt eine Bedarfsanalyse und ständiges Monitoring über den vorhandenen und benötigten Wohnraum an. Sie betont die Notwendigkeit, bezahlbaren Wohnraum im gesamten Stadtgebiet vorzuhalten, nicht alleine in einzelnen Stadtteilen. Die Maßnahmen im geplanten Wohngebiet an der Hafestraße (B-Plan 55) sollten als Beispiel für weitere Gebiete in der Stadt dienen, um gezielt bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Frau von Busse antwortet, dass sie aufgrund eines Beschlusses der Bürgerschaft eine Ideensammlung der Verwaltung vorgestellt habe. Die Verwaltung sei beauftragt worden, Aussagen darüber zu tätigen, welche Lösungen finanziell möglich wären. Informationen aus der AG „Bezahlbarer Wohnraum“ seien bereits durch Herrn von Malottki übersandt worden, aber bewusst nicht in die Vorschläge/ Ideen der Verwaltung aufgenommen worden. Die Verwaltung sei für weitere Diskussionen offen. Manche Punkte bedürften jedoch einer Positionierung der Bürgerschaft. Eine Wohnungsmarktanalyse sei sehr zeitaufwändig und im Haushalt seien für ein solches Konzept keine finanziellen Mittel eingeplant. Frau von Busse betont, dass es einen Beschluss der Bürgerschaft gegen die Verbilligungsrichtlinie gebe. Ein Kriterienkatalog müsste aber ebenfalls durch die Bürgerschaft beschlossen werden.

Herr König bedankt sich für die Vorschläge. Insbesondere für den Hinweis auf Förderung in Bezug auf Wohnraum bzw. Wohnungstyp. Bezüglich der Wohnungsmarktanalyse fragt er nach, ob das ISEK bei den Bevölkerungsprognosen nicht bereits überholt sei. Er merkt an, dass der Verweis auf Durchschnittsmieten tückisch sei, da die realen Bedingungen im Einzelfall weit abweichen könnten. Er schlägt vor, dass zukünftig nur noch Neuvermietungsrenten bei der Berechnung von Durchschnittsmieten herangezogen werden.

Frau von Busse antwortet, dass die Statistiken zu Baugenehmigungen durch die Verwaltung erstellt werden. Die Bevölkerungsentwicklung liege an der oberen Grenze der ISEK Prognosen. Greifswald habe im Vergleich zu anderen Städten einen hohen Anteil von Wohnungen in genossenschaftlichem Besitz. Es gebe zwar eine hohe Schwankungsbreite bei den Mietpreisen, aber keine Wohnungsnot. Es zeichne sich vielmehr ein Handlungskorridor ab. Übereifer sei nicht notwendig.

Ob Inhalte bestehender Konzepte, wie z. B. für das B-Plangebiet Nr. 55 für weitere B-Planverfahren übertragen werden könnten, bleibe abzuwarten. Die Verwaltung positioniere sich eher dahingehend, potenziellen Investoren die Entscheidung über die Herstellung geförderten Wohnraums zu überlassen. Entscheidungen über dahingehende Vorgaben müssen politisch getroffen werden.

Notiz:

20.10 Uhr

Herr Axel Hochschild verlässt den Ausschuss.

Herr Dr. Kasbohm fasst zusammen, dass jetzt das Angebot im Raum stehe, die Beschlussvorlage in ein breitgefächertes Konzept zur kommunalen Wohnraumförderung umzuwandeln.

Er macht inhaltliche Ergänzungen: Der Rahmenplan Innenstadt & Fleischervorstadt beinhalte Aussagen zur Notwendigkeit bezahlbaren Wohnraums und Möglichkeiten, diesen herzustellen. Es bestehe also ein Handlungsbedarf. Um einer Segregation entgegenzuwirken, biete sich die Schaffung sozialen Wohnraums an.

Ihm fehlen bisher Aspekte zur Reduktion von Baukosten.

Er moniert zudem den Verweis auf günstige Bestandswohnungen und merkt an, dass es in der Stadt Probleme bei der Schaffung günstiger Neubauwohnungen gebe. Zudem möchte er die Universität stärker in die Frage der Schaffung bezahlbaren Wohnraums einbinden. Bezüglich der Wohngeldsituation sieht er die strukturelle Verbindung von Wohngeld und Wohnberechtigungsschein als Vorteil, um psychologische Hürden abzubauen.

Frau von Busse antwortet, dass ein Wohnberechtigungsschein nicht zwingend etwas mit der Beantragung von Wohngeld zu tun habe und dass ein Wohnberechtigungsschein auch Geld koste. Deswegen werde nicht aktiv dafür geworben. Die Verwaltung weiß, wie viele Wohnberechtigungsscheine in der Stadt ausgestellt werden, die Anzahl liege im zweistelligen Bereich.

Herr Liedtke begrüßt und unterstützt die vorliegenden Ideen der Verwaltung.

Frau Dr. Wölk stellt noch einmal fest, dass die Zeit zur Umsetzung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums drängt und auch langfristige gesamtstädtische Weichen dazu gestellt werden müssten.

Herr Kaiser geht noch einmal auf die Hintergründe der Planungen ein und macht deutlich, dass die diskutierten Punkte natürlich immer in die langfristigen Planungen miteinfließen.

Herr König fragt noch einmal nach, ob die Anregungen in Richtung eines „kostengünstigen Bauens“ durch die Verwaltung zur Kenntnis genommen werden. Frau von Busse und Herr Kaiser bestätigen dies und halten diese Ideen ebenfalls für sinnvoll.

TOP 8.7 Umgestaltung des Hansering

Frau Dr. Wölk fragt nach den Planungen zur Verkehrsumleitung im Falle einer Sperrung des Hanserings während der geplanten Umgestaltung. Sie möchte zudem wissen, welche Planungen bisher zum Bauablauf vorliegen und ob es zu einer kompletten Sperrung der Straße kommen wird.

Frau von Busse bittet darum, die Verwaltung zukünftig vorab über Themen zu informieren, die zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, damit eine Vorbereitung auf diese Themen möglich sei. Sie antwortet, dass es keine komplette Sperrung des Hanserings während der Umgestaltung geben werde, u.a. weil dort Rettungswege entlang führten.

Herr Dr. Kasbohm kann sich die Verkehrsbewältigung während einer Teilspernung nur

schlecht vorstellen. Er moniert außerdem die wenigen übrig gebliebenen Bäume im Rahmen der Planung.

Herr Kaiser bedauert den Umstand, dass es weniger Bäume als zunächst geplant geben wird, erklärt aber, dass diese Entwicklung aus technischen Gründen nicht erfolgt sei.

Herr König fragt nach der Verteuerung und dem damit verbundenen Risiko bei Förderausfall. Er findet den Zeitplan zudem zu kurz und regt eine ständige Kommunikation mit den Geldgebern an.

Die Verwaltung nimmt die Fragen auf und stellt eine Beantwortung in der nächsten BA-Sitzung in Aussicht.

TOP 9. Informationen der Verwaltung

Seitens der Verwaltung gibt es keine weiteren Informationen.

TOP 10. Informationen zur Greifswalder Agrarinitiative

Frau Dr. Wölk erkundigt sich nach dem Stand der Dinge.

Herr Kremer informiert über die Veranstaltung zur Information der Pächter. Es ist eine Vereinsgründung geplant. Der Vereinstext (Satzungsentwurf) sei recht weit vorangeschritten. Die Rolle der Kirche innerhalb der Agrarinitiative sei jedoch noch nicht ganz klar.

Ab Mai sind die finanziellen Verhältnisse unklar, weil die Förderungen auslaufen. Die Stadt hat 20.000,- in den Haushalt eingestellt. Er hält die Vereinsgründung bis Mai für wenig realistisch.

Herr Dr. Kasbohm lobt den Ablauf der Veranstaltung. Er hat den Eindruck, dass die Landwirte zwar den Verein wollen, aber noch nicht den Mehrwert einer Kooperation mit der Succow-Stiftung sähen. Hieran müsse noch gearbeitet werden. Dass ein Bedarf an Forschung besteht, habe die Paludikultur-Veranstaltung gezeigt.

Auch Herr Lange zieht ein positives Fazit der Veranstaltung. Viele Landwirte gäben der Sache ihre Zustimmung.

TOP 11. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Rex fragt nach dem Kopfsteinpflaster in der Steinbecker Straße und den Beschädigungen. Sie informiert, dass die Aufpflasterung in der F.-Löffler-Straße defekt ist.

Herr Dr. Kasbohm fragt nach dem Vorbescheid bzw. der Ablehnung für die Kita Helmschäger Berg und ob die Begründung – der Lärmpegel – an dieser Stelle tatsächlich gemessen wurde.

Herr Kaiser verweist auf die Beantwortung der Frage im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr König fragt nach dem Stand der Barrierefreiheit bei den Bushaltestellen und einer damit verbundenen Einwerbung von Fördergeldern. Er moniert das schleppende Vorrankommen.

Herr Wilde antwortet, dass das Thema bei konkreten Ausbauprojekten immer mitgedacht wird. Es gebe darüber hinaus personelle Veränderungen in der Abteilung, weshalb die Arbeitsbelastung derzeit sehr hoch sei. Zudem sei eine gesamtstädtische

Betrachtung sehr komplex. Dennoch wird die Anregung mitgenommen.

TOP 12. Informationen der Ausschussvorsitzenden

Frau Dr. Wölk informiert, dass morgen ein weiterer Workshop der UTB zum geplanten Wohngebiet an der Hafestraße (B-Plan Nr. 55) stattfindet.

TOP 13. Sitzungsende

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Wölk, beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:48 Uhr und lässt Nichtöffentlichkeit herstellen.

gez.
Dr. Monique Wölk
Ausschussvorsitzende

gez.
Michael Busch
für das Protokoll